

28.1.2015, 21:46 Uhr

Zürcher Gemeinderat

Zürich galoppiert voraus bei den Zonen für preisgünstiges Wohnen

28.1.2015, 21:46 Uhr



Debatte über preisgünstiges Wohnen: Die Redner von Grünen und AL kontertten, die Eigentümer könnten immer noch genügend Wert abschöpfen (Hunzikerareal in Oerlikon). (Bild: Simon Tanner / NZZ)

Der Gemeinderat will vorwärtsmachen und Zonen für preisgünstigen Wohnraum schaffen. Die im September beschlossene Gesetzesänderung soll kommunal umgesetzt werden, bevor die entsprechenden kantonalen Bestimmungen vorliegen.

tox. Ende September stimmte das Zürichervolk einer Gesetzesänderung zu, die den Gemeinden mehr Planungsfreiheit bei der Schaffung von preisgünstigem Wohnraum gewährt. Sie dürfen bei Aufzonungen dafür Mindestanteile festlegen. Wie dies genau funktionieren soll, ist noch nicht klar. Dazu muss der Regierungsrat nun Ausführungsbestimmungen erlassen.

Sofort eine BZO-Änderung

Darauf mag die rot-grüne Mehrheit im Zürcher Gemeinderat allerdings nicht warten. Sie hat am Mittwoch eine Motion überwiesen. Der Stadtrat wird darin beauftragt, eine BZO-Revision vorzulegen. Darin soll er Gebiete bezeichnen, in denen künftig ein Mindestanteil von preisgünstigen Wohnungen gelten soll. «Uns ist klar, dass wir mit der Umsetzung auf die kantonalen Regelungen warten müssen», sagte die SP-Sprecherin Gabriela Rothenfluh. Der Stadtrat und die Verwaltung sollten die Arbeit aber jetzt schon aufnehmen. So sei man bereit, wenn die kantonale Rechtsgrundlage komme.

Albert Leiser (fdp.) wies darauf hin, dass Investoren bei Planungen künftig mit Begehrlichkeiten von verschiedenen Seiten konfrontiert sind. So sei neben der Pflicht zum Bau von preisgünstigen Wohnungen auch eine Mehrwertabgabe im Grundsatz beschlossen. Dazu komme die Grundstücksgewinnsteuer. Solange offen sei, wie diese Instrumente aufeinander abgestimmt würden und wohin das Geld

schliesslich fliesse, seien konkrete Planungen verfrüht.

In der Ratsdebatte prallten einmal mehr die Ideologien aufeinander. Die Sprecher von FDP und SVP kritisierten die Pläne der Linken als populistisch, weil die Rechnung nicht aufgehe. Am Ende subventioniere ein Teil des Mittelstands einfach den anderen. Jene, die keine der begehrten Kostenmiete-Wohnungen ergatterten, bezahlten am Schluss mehr, da der Investor ja kaum auf seine Rendite verzichten werde. Zudem bestehe die Gefahr, dass nicht mehr genug gebaut werde.

Was dient dem Mittelstand?

Die Redner von Grünen und AL konterten, die Eigentümer könnten immer noch genügend Wert abschöpfen, da die Vorgabe ja nur gelte, wenn sie von einer Aufzoning profitierten. In der Stadt Zürich seien sich offenbar beide Arten von Mittelstand einig – der, von dem die Bürgerlichen sprechen, und der, den die Linke vertritt. Immerhin hätten hier fast drei Viertel der Stimmenden Ja gesagt am 28. September. Mit der Zustimmung der GLP, die sich für eine moderne Stadt mit einem Wohnangebot für alle Schichten aussprach, erreichte die Motion eine Mehrheit. Die CVP hingegen hatte die kantonale Vorlage vom September zwar unterstützt, empfand das im Vorstoss vorgegebene Tempo nun aber als zu forsch und lehnte die Motion ab.

Aus der Sitzung des Zürcher Gemeinderats

- ▶ Geld für «Isla Victoria». Die von einer Stiftung getragene Beratungsstelle für Frauen aus dem Sexgewerbe erhält weiterhin Beiträge von 111 000 Franken jährlich, und es wird ihr die Miete erlassen. Allerdings spricht sich eine Mehrheit des Rats dafür aus, dass der Betrag um 10 Prozent gekürzt werden kann, wenn die städtische Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag ausweist. Folgt ein weiteres Jahr mit Bilanzfehlbetrag, so kann bis zu 20 Prozent gekürzt werden.
- ▶ Grünes Licht für Schulhaus Schütze. Auf dem Schütze-Areal beim Escher-Wyss-Platz soll ein städtisches Primarschulhaus mit Park entstehen. Der Gemeinderat stimmt einer Änderung der Bau- und Zonenordnung zu und hebt einen alten, nicht mehr zweckmässigen Gestaltungsplan auf.
- ▶ Masterplan für den Adlisberg. Der Rat überweist ein Postulat von Rot-Grün zur Sicherung von Erholungsflächen am Adlisberg. tox.

MEHR ZUM THEMA

Zonen für preisgünstigen Wohnraum
Subjekthilfe statt Vorschriften
 19.8.2014, 19:50 Uhr

Daniel Leupi zur Wohnbaupolitik
«Nennen Sie Parkplätze auch subventioniert?»
 17.9.2014, 14:24 Uhr

Abstimmung am 28. September
Darüber entscheidet das Zürcher Stimmvolk
 26.9.2014, 15:13 Uhr

Klares Verdikt zum preisgünstigen Wohnen
Zürcher sagen deutlich Ja
 28.9.2014, 15:55 Uhr